Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Soziales und Gesundheit der Stadt Wilhelmshaven am Donnerstag, 27. Juni 2019, 15:00 Uhr, Job-Center Wilhelmshaven, Nr. 7/2019

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Al-Chafia Hammadi
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Georg Berner-Waindok
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Christian Ressel

Mitglied Freie Wähler

beratendes Mitglied Andreas Lang

Behindertenvertretung

Beiratsvorsitzende Sabine Gastmann

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Fachbereich Soziales Peter Albers
Gleichstellungsbeauftragte Cordula Franke
Fachbereich Soziales Yvonne Menninga

Protokollführer

Michael Dölling

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Mirco Danner
beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
Grundmandat Irina Moriße-Kappes
beratendes Mitglied Uwe Wessels
beratendes Mitglied Florian Wiese
Ausschussmitglied Astrid Zaage

als Gast

Thomas Hein (Geschäftsführer Jobcenters Wilhelmshaven)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
2 Feststellung der Tagesordnung
3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.05.2019
4 Behandlung des Antrages des Spanischen Kulturvereins auf Zuschüsse aus dem Sozialfonds der Stadt Wilhelmshaven (siehe in der Anlage den Auszug aus dem Protokoll SoG vom 23.05.2019, TOP 4, Seite 7, Antrag Nr. 11)
5 Mitteilungen und Anfragen
5.1 Informationen des Geschäftsführers des Job-Center Wilhelmshaven, Herrn Hein, zu aktuellen Themen
5.2 Vorstellung der Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 (s. Anlage)

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hammadi, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.05.2019

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.05.2019, Nr. 6/2019, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Behandlung des Antrages des Spanischen Kulturvereins auf Zuschüsse aus dem Sozialfonds der Stadt Wilhelmshaven (siehe in der Anlage den Auszug aus dem Protokoll SoG vom 23.05.2019, TOP 4, Seite 7, Antrag Nr. 11)

Herr Schönfelder stellte zunächst die bisherige Entwicklung zum Antrag des Spanischen Kulturvereins auf einen Zuschuss aus dem Sozialfonds dar.
So wurde in der letzten Sitzung des Sozialausschusses festgestellt, dass der Antrag nach den bisherigen Richtlinien zum Sozialfonds nicht förderfähig gewesen sei, da die Bezuschussung hier nicht für ein Projekt vorgesehen sei, sondern es sich hier eher um eine Art Umzugskostenbeihilfe handele.
Nach der letzten Sitzung des Sozialausschusses habe er auftragsgemäß beim Stadtsportbund in Erfahrung gebracht, dass auch von dieser Seite keine Förderung möglich sei, da der Spanische Kulturverein leider kein Mitglied im Stadtsportbund sei.
Insofern sähe er momentan keine Möglichkeit, dem Kulturverein durch eine Bezuschussung aus dem Sozialfonds unter die Arme zu greifen.
Herr Möhle plädierte dafür, dass der Sozialausschuss in diesem Fall auch bei Nichtvorliegen der Voraussetzungen eine Ausnahme machen solle, da der Verein ja unverschuldet in diese Notsituation geraten sei. Er machte darauf aufmerksam, dass der Kulturverein sich in vielen Bereichen in Wilhelmshaven ehrenamtlich

engagiere und aus der Gesellschaft gar nicht mehr wegzudenken sei.
Herr Walpurgis unterstützte die Ausführungen von Herrn Möhle und regte an, den Vorgang „Spanischer Kulturverein" als Anlass zu nehmen, bei einer Änderung der Zuschussrichtlinien für den Sozialfonds etwaige Ausnahmetatbestände in einen entsprechenden Entwurf aufzunehmen.
Herr Ressel gab zu bedenken, dass, wenn eine Zuschussrichtlinie existiere, der Ausschuss sich auch daran halte solle. Außerdem gäbe es auch andere Vereine, die ähnliche Probleme hätten und die nicht vom Sozialfonds profitieren würden. Zudem gäbe es für den Verein ja auch noch die Möglichkeit, über Sponsoren Gelder einzuwerben.
Herr Hammadi schloss sich den Ausführungen von Herrn Möhle und Herrn Walpurgis an und plädierte ebenfalls aufgrund der herausragenden Verdienste des Kulturvereins dafür, ihn in dieser Ausnahmesituation zu unterstützen.
Auf Nachfrage von Herrn Möhle erklärte Herr Schönfelder, dass eine heutige Beschlussfassung auch ohne Beschlussvorlage über den Antrag möglich sei, da der Antrag in der letzten Sitzung nicht abgelehnt, sondern lediglich verschoben wurde.
Herr Schönfelder erinnerte den Ausschuss noch einmal an die anderen Vereine und Institutionen, die die Kriterien der Richtlinie nicht erfüllten und daran, dass diese entweder aus diesem Grund gar keinen Antrag gestellt hätten oder dass deren Anträge abgelehnt wurden.
Er halte eine Unterstützung des Vereins selbstverständlich auch für wünschenswert, aber nach seiner Auffassung fehle hier eben die Projekthaftigkeit.
Natürlich setze die Verwaltung einen entsprechenden anderslautenden Beschluss des Sozialausschusses um, aber er wolle auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass mit einem derartigen Beschluss ein Präzedenzfall geschaffen werde, der nicht der bisherigen Verfahrensweise entspräche.
Herr Walpurgis erinnerte noch einmal daran, dass der Sozialausschuss bei dem Antrag des Projektes „QUEERströmung" der Empfehlung der Verwaltung auch nicht gefolgt sei, insofern stelle er jetzt den Antrag auf Zuschussbewilligung für den Kulturverein.
Herr Reese machte den Vorschlag, den Kulturverein seitens der Verwaltung dahingehend zu beraten, dass die Projekthaftigkeit letztendlich doch bejaht werden könne.
Herr Schönfelder könne sich vorstellen, dass man die Projekthaftigkeit bejahen könne, wenn man beispielsweise benachteiligte Jugendliche in dieses Projekt mit einbeziehen würde.
Frau Gastmann wies darauf hin, dass die BeKa hier der richtige Ansprechpartner sein könne.
Herr Hein erklärte, dass ihm bekannt sei, dass bei solchen Situationen die Kreishandwerkerschaft oder die Innungen sehr hilfsbereit seien. Er erklärte sich bereit, die entsprechenden Institutionen anzusprechen.
Nach weitergehenden Diskussionen stellte die Gruppe GUS auf Vorschlag von Herrn Schönfelder und aufgrund des Hinweises von Herrn Möhle auf die Eilbedürftigkeit der Angelegenheit folgenden Antrag:
„Die Verwaltung wird beauftragt, den antragstellenden Verein dabei zu unterstützen, das Vorhaben in eine bewilligungsfähige Projektstruktur zu bringen. Hierzu sind geeignete Stellen bis zum 20.07.2019 anzusprechen."

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt bei einer Enthaltung-

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Informationen des Geschäftsführers des Job-Center Wilhelmshaven, Herrn Hein, zu aktuellen Themen

Herr Hein, Geschäftsführer des Jobcenters Wilhelmshaven, informierte den Ausschuss anhand einer Power-Point-Präsentation *(s. Anlage)* über die neuesten Entwicklungen zu arbeitsmarktpolitischen Themen.
Er stellte fest, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Wilhelmshaven kontinuierlich steige. Wünschenswert für Wilhelmshaven seien insbesondere Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe. Es gäbe zwar ca. 1.000 dem Jobcenter gemeldete offene Stellen in Wilhelmshaven, jedoch würden zu 75 % Fachkräfte gesucht und diese seien bei den Kunden des Jobcenters trotz der Bemühungen des Jobcenters hinsichtlich Weiterbildung und Qualifizierung nicht so leicht zu finden.
Die Arbeitslosenquote, die sich aus den Rechtskreisen SGB II und III zusammensetze, lag im Mai 2019 bei 10,5 %. Für den Rechtskreis SGB II ergäbe sich eine Quote von 8,2 %. Verglichen mit dem Januar 2015 sei hier ein Rückgang von ca. 20 % festzustellen, wenngleich aber festzustellen sei, dass ca. 50 % der Kunden im SGB II-Bereich als Langzeitarbeitslose angesehen werden müssten.
Herr Hein erinnerte noch einmal daran, dass natürlich auch Flüchtlinge mittlerweile Eingang in die Statistik und damit der Arbeitslosenquote gefunden haben, es seien aber auch schon etliche Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt integriert worden oder nähmen momentan noch an Qualifizierungsmaßnahmen oder Sprachkursen teil.
Die Entwicklung sei für Wilhelmshaven insgesamt positiv.
Herr Hein stellte weiter verschiedene Maßnahmen des Jobcenters Wilhelmshaven vor, mit denen man versuche, die Menschen in Arbeit zu bringen.
Insbesondere seien die neu eingeführten Informationsveranstaltungen hervorzuheben, bei dem potenzielle Arbeitgeber aus dem Hafenbereich und potentielle Arbeitnehmer in den Räumlichkeiten des Jobcenters zusammengebracht werden, um zu eruieren, ob eine Zusammenarbeit in Frage käme.
Dieses Verfahren werde nicht nur bei Direkteinstellungen, sondern auch vor Qualifizierungsmaßnahmen angewendet.
Das Instrument fände sowohl auf der Arbeitgeber- als auch auf der Kundenseite große Zustimmung; andere Jobcenter hätten sich auch schon über dieses „Wilhelmshavener Modell“ informiert.
Auf Nachfrage von Frau Gastmann erklärte Herr Hein, dass es in einigen Bereichen sozusagen Vollbeschäftigung gäbe, es aber auch offene Stellen in Bereichen gäbe, die aus dem vorhandenen Kundenstamm heraus nicht besetzt werden können.
Auf die Thematik Zeitarbeit angesprochen erklärte Herr Hein, dass das Jobcenter ganz eng mit den hiesigen Zeitarbeitsfirmen zusammenarbeite.
Besonders erfreut zeigte sich Herr Hein vom neuen Bundesteilhabegesetz, wodurch

besonders Langzeitarbeitslose gefördert werden sollen. Für 2019 seien 150 Beschäftigungsverhältnisse geplant.
Zum Ende seines Vortrages erläuterte Herr Hein die Sanktionsmöglichkeiten des Jobcenters bei Pflichtverletzungen oder Meldeversäumnissen. Um bei Sanktionen zumindest den Grundbedarf sicherzustellen, vergäbe das Jobcenter ggfls. Lebensmittelgutscheine, die bei Discountern eingelöst werden können. Mit diesen Gutscheinen könnten Alkohol und Tabakwaren nicht erworben werden.
Diese Sanktionsmöglichkeiten unterlägen derzeit einer Überprüfung des Bundesverfassungsgerichts.
Herr Möhle erläuterte, weshalb aus seiner Sicht die Arbeitslosenquote von 10,5 % nicht korrekt sei. Da Wilhelmshaven ca. 9.000 Beamte und Soldaten habe und diese nicht als „Beschäftigte" gelten würden, fänden sie auch bei der Ermittlung der Arbeitslosenquote keine Berücksichtigung. Würde man diese Personen korrekterweise berücksichtigen, läge die Arbeitslosenquote nur noch bei ca. 6 %.
Herr Hein verwies auf die entsprechenden Gesetze zur Statistikerstellung und auf die Möglichkeit, als Politiker Einfluss auf die Bundespolitik dahingehend zu nehmen, dass die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zur Statistikerstellung verändert werden.
Auf Nachfrage von Herrn Ressel erklärte Herr Hein, dass er relativ wenig Hoffnung habe, aus dem eigenen Kundenkreis jemanden zu finden, der die Voraussetzungen mitbringe, um eine Qualifizierung zum Bademeister erfolgreich zu absolvieren, um dann im Freibad Nord zu arbeiten. Außerdem sei auch gar nicht gewährleistet, dass die Personen in Wilhelmshaven bleiben würden, da derzeit bundesweit ca. 2.500 Personen in diesem Bereich gesucht werden.
Auf Nachfrage von Herrn Walpurgis erklärte Herr Hein, dass die Integrationszahlen von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt leider noch nicht da seien, wo er sie gerne sehen würde, aber die Tendenz gehe spürbar nach oben. Auch die Bereitschaft von Firmen, Flüchtlinge einzustellen, sei deutlich steigend.

5.2 Vorstellung der Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53
(s. Anlage)

Wegen der bereits fortgeschrittenen Zeit machte Herr Sieberns den Vorschlag, dass, wenn es seitens des Ausschusses keine Fragen zu den mit der Einladung versandten Produktberichten gäbe, auf eine detailliertere Vorstellung verzichtet werden könne.
Der Ausschuss war damit einverstanden.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:45 Uhr

Schönfelder Dezernent	Hammadi Vorsitzender	Dölling Protokollführer